



IG BAU fordert eine Politik für mehr soziale Sicherheit

Frankfurt am Main, 17.01.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt fordert die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auf, die soziale Gerechtigkeit in Deutschland und der Welt stärker in ihren Fokus zu stellen. „Wer freie Gesellschaften will, muss Wachstum gerecht verteilen. Die Politik muss den Rahmen dafür so setzen, dass alle von der Konjunkturerwartung profitieren. Wir haben heute viel zu viele Verlierer“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger anlässlich des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos.

„Ein Wettlauf um die günstigsten Standortbedingungen zu Lasten der Beschäftigten kann nicht nachhaltig sein. Der Abbau von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuergeschenken für Unternehmen ist der falsche Weg. Gewinne der Wirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit landen in den Taschen der Aktionäre und bringen so gut wie keine Investitionen. Das erleben wir schon lange genug und das stärkt die Rechtspopulisten. Wir müssen umsteuern und brauchen dringend mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in Deutschland, Europa und der Welt.“

Die IG BAU fordert insbesondere die gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften und großer Vermögen. In Ballungsgebieten müssen die Anstrengungen für bezahlbaren Wohnraum und den Bau von Sozialwohnungen weiter intensiviert werden. Die Instandhaltung der Infrastruktur und der Ausbau von Bildungsangeboten gehören ebenso an die Spitze der politischen Agenda wie die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung.

„Eine private Altersvorsorge können sich gerade diejenigen nicht leisten, die sie am meisten brauchen. Dazu zeigen die Minuszinsen deutlich die Schwächen von Riester. Dagegen ist die gesetzliche Rente ein Erfolgsmodell“, sagte Feiger. „Wir werden deshalb nicht zulassen, dass das Rentenniveau weiter sinkt. Im Gegenteil: Das Rentenniveau muss wieder deutlich steigen.“

Lokalkompass

IG BAU: Gute Mitarbeiter verdienen gute Bezahlung

Frankfurt am Main, 18.01.2017

Die Forstgewerkschaft IG BAU fordert für die rund 20 000 Forstbeschäftigten in den Ländern ein deutliches Plus mit einem Gesamtvolumen von sechs Prozent. Beschäftigte in den unteren Einkommensklassen sollen dabei über eine soziale Komponente überproportional profitieren.

Gleichzeitig fordert die IG BAU, die Ausbildung in den betreffenden Landesforsten attraktiver zu gestalten. Dafür müssen die Ausbildungsentgelte um monatlich 90 Euro steigen, die Übernahme verbindlich geregelt und der Urlaub auf 30 Tage angehoben werden. Lehrmittel sollen künftig mit 50 Euro im Jahr bezuschusst und die notwendigen Übernachtungs- und Verpflegungskosten bei auswärtiger Ausbildung übernommen werden.

Anlässlich der heute (für die Red.: 18. Januar 2017) startenden ersten Verhandlung in der Tarif- und Besoldungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum: „Der Forst gehört zu unseren wichtigsten Ressourcen. Unser Klima, Wasser, der Pflanzen- und Tierreichtum hängen zum großen Teil vom intakten Ökosystem unserer Wälder ab. Deren Pflege und Bewirtschaftung wird von Fachkräften ausgeführt, die unter anderem einen Knochenjob haben. Ihre Leistung muss fair bezahlt werden. Es ist das Mindeste, dass sie mit der Lohnentwicklung hierzulande Schritt halten. Gute Mitarbeiter haben eine gute Bezahlung verdient. Wer das nicht einsieht, vergrault nicht nur die heute Beschäftigten. Er riskiert auch die Attraktivität der Forstberufe für den dringend benötigten Nachwuchs.“

Lokalkompass